

SPANDAUER RATHAUSBRIEF

SPD-Fraktion Spandau



SALEH VERHINDERT MIETERHÖHUNG

Auf der Anwohnerversammlung berichtet Saleh über den Rückkauf und wie es weitergehen soll

SEITE 2

WISSENSWERTES AUS BERLIN UND DEM BEZIRK Spandau · AUSGABE Dezember 2019



Liebe Spandauerinnen und Spandauer!

Bevor sich ein ereignisreiches Jahr 2019 ganz dem Ende zuneigt, möchte die SPD-Fraktion Spandau die Gelegenheit nutzen Ihnen ihre Arbeit für unseren wundervollen Bezirk vorzustellen und ich möchte Ihnen Grüße zur bevorstehenden Advents- und Weihnachtszeit überbringen.

Durch die vielfältigsten Winter- und Weihnachtsdekorationen hat sich Spandau bereits der Jahreszeit angepasst. Aus jeder Ecke ist der Duft der Weihnachtsmärkte wahrnehmbar.

Auch wenn für viele von Ihnen gerade die Tage vor Weihnachten alles andere als geruhsam sein werden, hoffe ich, dass Sie die Gelegenheit haben, zu sich zu kommen und schöne und sinnliche Feiertage im Kreise Ihrer Lieben zu verbringen.

Zum bevorstehenden Weihnachtsfest und zum Jahreswechsel danke ich allen, die ihren ganz persönlichen Beitrag dazu beigetragen haben, sich für unseren Bezirk einzubringen und zu engagieren.

Mit den besten Wünschen für ein frohes und besinnliches Weihnachtsfest und ein glückliches neues Jahr 2020 bei bester Gesundheit möchte ich mich für Ihr Vertrauen und Ihre freundliche Unterstützung herzlich bedanken.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

Helmut Kleebank

Spandauer Bezirksbürgermeister



Der Fraktionsvorsitzende im Abgeordnetenhaus Raed Saleh mit dem Finanzsenator Mathias Kollatz bei der Besichtigung der zurückgekauften Wohnungen in der Heerstraße Nord. Foto: SPD-Fraktion Berlin

SPD kauft Sicherheit zurück

Mit dem Rückkauf von Wohnungen sichert der Senat verlässlichen Wohnraum für alle

Insgesamt knapp 6.400 Wohnungen in Spandau kehren zurück in Landesbesitz. Die Wohnungsbau-gesellschaft Gewobag, die dem Land Berlin gehört, kauft von einem privaten Investor die Wohnungen in den Kiezen Heerstraße-Nord und Falkenhagener Feld zurück und gibt den Mieterinnen und Mietern damit ein Stück Sicherheit.

Um das Ziel von bezahlbarem Wohnraum in Berlin zu erreichen, arbeitet die SPD in der Berliner Landesregierung nach der Formel: Bauen, Kaufen, Deckeln. Sie lässt die Bausenatorin Lompscher nicht aus Ihrer Verantwortung, den Wohnungsbau zu beschleunigen und auszubauen, anstatt ihn zu bremsen.

Das SPD-regierte Spandau geht hier mit gutem Beispiel voran. Während andere Bezirke über Bauvor-

haben für den dringend benötigten Wohnungsbau diskutieren, ist er in Spandau schon in vollem Gange und teilweise bereits fertiggestellt.

Mehrere tausend Wohnungen entstehen oder sind schon zu bezahlbaren Mieten im Bezirk Spandau entstanden – auf Druck der SPD mit mindestens 30% sozialem Wohnungsbau für kleine und mittlere Einkommen. Der vollständige Bezug der Pepitahöfe in Hakenfelde ist dabei nur ein erstes Beispiel von Wohnbaupolitik, die funktioniert.

In der Wasserstadt laufen die nächsten Bauvorhaben auf Hochtour und stehen in einem ersten Schritt ab Frühjahr 2020 den Berlinerinnen und Berlinern zur Verfügung.

Die SPD drängt darauf, dass diesem Beispiel noch viele folgen werden und dass auch die dafür notwendige Infrastruktur ausgebaut

wird, also etwa Taktzahlen für Busse erhöht und ausreichend Schul- und Kitaplätze eingeplant werden.

Der Mietendeckel kommt!

Daneben hat der Senat auf Betreiben der SPD endlich den Mietpreisdeckel beschlossen. Den in den vergangenen Jahren unentwegt gestiegenen Mietpreisen setzt die SPD so eine klare und wirksame Begrenzung.

Der Mietendeckel ist die Antwort auf einen von der Lebenswelt der Berlinerinnen und Berliner entkoppelten Mietmarkt, der in der Vergangenheit gierige Vermieterinnen und Vermieter belohnte und diejenigen bestrafte, die sich um sozial verträgliche Mieten bemühten.

Da der Mietendeckel nur für Wohnungen gilt, die vor 2014 gebaut wurden, wird er zudem auch den

privaten Wohnungsbau beschleunigen, denn wer höhere Mieten verlangen will, muss nun neu bauen.

Als ein weiteres Instrument nutzt die SPD die Möglichkeiten Wohnraum wieder in das Eigentum der Stadt Berlin zurückzuführen.

Wie bei den Wasserbetrieben, den Stromnetzen oder dem Stadtwerk ist die SPD geführte Berliner Landesregierung dabei, Fehler der Vergangenheit nicht nur für die Zukunft auszuschließen, sondern sie auch zu korrigieren.

Private Vermieterinnen und Vermieter haben in den letzten Jahren die Berlinerinnen und Berliner durch Mieterhöhungen und schlechten Service verunsichert.

Mit dem Rückkauf von Wohnungen, dort wo es möglich ist, gibt der Senat unter Führung der SPD den Berlinerinnen und Berlinern ein Stück Sicherheit wieder zurück.

SPD bildungspolitisch auf Kurs

Landesparteitag stärkt Lehrerinnen und Lehrern den Rücken

Nach einer kontroversen und offenen Debatte zum Arbeitsverhältnis von Berliner Lehrkräften sowie einer Einigung in der Antragskommission zur Kita-Qualität hat sich der Landesparteitag der Berliner SPD für die Verbeamtung von Lehrerinnen und Lehrern und für eine bessere Bezahlung der Erzieherinnen und Erzieher sowie deren Entlastung von Verwaltungsaufgaben ausgesprochen.

Noch müssen viele Hürden genommen werden. Da sich z.B. die Grünen und Linkspartei im Land derzeit gegen die Verbeamtung aussprechen. Viele Details sind im Kita-Bereich noch zu klären. Bei-

spielweise müssen Entgeltstufen, Freistellungen und Aufgabengebiete verhandelt werden. Dennoch ist die Berliner SPD bildungspolitisch wieder auf dem richtigen Kurs und setzt nicht nur auf Konzepte, sondern auch auf die Wertschätzung der Arbeitsleistung und die Verbesserung der Lebensverhältnisse des pädagogischen Personals.

„Die Herausforderungen Platzausbau, Ausbildungskapazitäten, bessere Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen gehen wir jetzt als Partei konsequent an und heben uns von der politischen Konkurrenz deutlich ab“, so Stephan Machulik, SPD-Bezirksstadtrat für Bürgerdienste, Ordnung und Jugend.



Bezirksstadtrat Machulik freut sich über die Verbesserung im Schul- & Kitabereich.

Foto: Jürgen Jänen

Frauen an die Macht

Gaby Schiller erste Vorsteherin der Spandauer BVV

Mit der Kladowerin Gaby Schiller ist zum ersten Mal eine Frau Vorsteherin der Spandauer Bezirksverordnetenversammlung. Die SPD-Politikerin bekleidet seit 2016 dieses Amt.

Als Vorsteherin vertritt Gaby Schiller die BVV in allen Angelegenheiten nach Innen und Außen.

Sie übt das Hausrecht im Spandauer Bezirksparlament aus. Zu Beginn der Legislaturperiode rief sie die Bezirksverordneten zu Respekt und Toleranz auf: „Fremdenfeindliche, rassistische, diskriminierende Äußerungen haben in dieser BVV keinen Platz.“

Die frühere Beamtin ist gebürtige Charlottenburgerin, sie hat zwei

Kinder und vier Enkelkinder und ist seit dem Jahr 1999 BVV-Verordnete. Die Sozialdemokratin Schiller begann ihr politisches Engagement Anfang der 80er Jahre mit dem Kampf um mehr Kita-Plätze in Kladow.

Die Mutter von zwei Kindern erkannte rasch, dass ihre Bürgerinitiative ohne die Unterstützung von Parteien wenig durchsetzen konnte und trat 1983 in die SPD ein.

Ihre Schwerpunkte sind Umweltpolitik, Soziales und Gesundheit. Ihre besondere Sorge gilt der Entwicklung auf dem Wohnungsmarkt und die Hoffnung, dass der Mietendeckel für alle Betroffenen in Spandau Entlastung bringt.

KURZ NOTIERT

STAMMTISCH VOR ORT

Der Fraktionsvorsitzende der SPD im Abgeordnetenhaus, Raed Saleh, führt regelmäßig Bürger*innenstammtische in ganz Spandau durch. Auch unser Spandauer Fraktionsvorsitzender Christian Haß und weitere Bezirksverordnete sind vor Ort und stehen Ihnen für Ihre Fragen und Anregungen zur Verfügung. Der nächste Stammtisch findet am 18.12.2019 um 19 Uhr im „Spandauer Kater“ (Seeburger Str.78-79) statt. Auch die Termine im neuen Jahr können Sie sich schon vormerken: Am 22.01.2020 und am 12.02.2020 (jeweils 19 Uhr) können Sie mit uns ins Gespräch kommen.

PLATZ DER WEIßEN ROSE

Auf Initiative der SPD-Fraktion in der BVV Spandau wurde beschlossen, den bisher namenlosen Platz in der Wilhelmstraße (vor dem Kaufland-Gelände) als „Platz der Weißen Rose“ zu widmen. Damit soll an die Widerstandskämpfer erinnert werden, die zur Zeit des Nationalsozialismus ihr Leben riskierten, und ein Zeichen gegen Rechtsextremismus gesetzt werden. In diesem und im letzten Jahr feierte an diesem Ort ein Bündnis der demokratischen Parteien ein Fest der Demokratie. Auf dem Gelände befand sich bis 1987 das Kriegsverbrechergefängnis der Alliierten.

Saleh verhindert Mieterhöhungen

„Bauen, kaufen, deckeln“ wird von dem SPD-Fraktionsvorsitzenden vorgestellt

3400 Wohnungen hat das Land Berlin in der Spandauer Heerstraße Nord gekauft. Damit erfüllt die Berliner SPD einen weiteren Teil ihrer Mieten Strategie „Bauen, kaufen, deckeln.“

Mit dem Rückkauf wird sichergestellt, dass die Mieterinnen und Mieter in der Heerstraße einen verlässlichen Vermieter haben, dem es um die Bereitstellung von Wohnraum und nicht Maximierung des eigenen Profits geht. Gleichzeitig wird die Mietspirale, die in Berlin nach oben schießt, eingedämpft.

Die Finanzierung des Wohnungskaufes kommt ohne Zuschüsse der öffentlichen Hand aus. Ein von der Gewobag genommener Kredit, der durch die kommenden Mieteinnahmen zurückgezahlt wird, macht den Rückkauf möglich.

Der Fraktionsvorsitzende der SPD im Abgeordnetenhaus Raed Saleh, selbst in der Heerstraße Nord aufgewachsen, liegt das Thema am Herzen. Nicht nur deshalb, setzte er sich mit allen Mitteln dafür ein, dass eine vom Vorbesitzer ausgesprochene Mieterhöhung von der Gewobag zurückgenommen wird. Ein weiterer großer Erfolg für die Anwohnerinnen und Anwohner in den betroffenen Wohnungen.

Die Anwohnerinnen und Anwohner diskutierten zusammen mit Saleh, Stadtrat Machulik, BSR Pressesprecher Klöckner sowie Vertreterinnen und Vertretern des Gewobag Mieterrat und des Gemein-



Raed Saleh berichtet über die Kaufstrategie des Landes Berlin bei der proppvollen Anwohnendenversammlung Anfang November. Foto: Jürgen Jänen

wesen Vereins Heerstraße Nord über den bevorstehenden Übergang ihrer Wohnungen zur Gewobag.

Das Top-Thema war wie erwartet die ausgesprochene Mieterhöhung. Saleh machte erneut deutlich, dass er dafür kämpfte, dass die Mieterhöhung von der Landeseigenen Gewobag für alle sofort zurückgenommen wird, schließlich würde diese gegen den Mietendeckel verstoßen.

Es sei „ein verrücktes Zeichen“ als ein dem Land Berlin gehörendes Unternehmen die Mieten in ei-

ner solchen Situation zu erhöhen, so Saleh.

Neben den Mieten ist den Anwohnerinnen und Anwohnern das Thema „Vermüllung“ sehr wichtig. Auch hier konnte Saleh Versprechungen machen. Es bestehe eine enge Kommunikation zwischen der Berliner Stadtreinigung und der neuen Eigentümerin Gewobag, die es möglich macht die Reinigung der betroffenen Gebiete erheblich zu verbessern.

Dasselbe gilt für das Ordnungs-

amt, das eine verbesserte Absprache und leichteren Zugang erwartet. „Wir lassen sie nicht allein“, versprach der zuständige Stadtrat Machulik.

Gleichzeitig erbitten alle Beteiligten Geduld. Alle Veränderungen können nicht von jetzt auf gleich geschehen, aber man sei endlich auf einem richtigen Weg, die Probleme in den Griff zu bekommen. Die deutliche Botschaft lautet: Der Kauf der Wohnungen durch die Gewobag ist für alle ein großer Gewinn.

Der Mietendeckel ist da Rückkauf!

Fünf Jahre keine Sorgen über Mieterhöhungen machen

Nach zähen Verhandlungen ist es soweit: Der Berliner Senat hat den Mietendeckel auf Betreiben der SPD beschlossen.

Er wird rückwirkend zum Sommer 2019 gültig sein und die Mieterinnen und Mieter wirksam vor Mieterhöhungen in den nächsten fünf Jahren schützen. Unter bestimmten Voraussetzungen können Mieten auch auf Antrag gesenkt werden, wodurch gierige Vermieterinnen und Vermieter, die zu hohe Mieten verlangen, bestraft werden können.

Gleichzeitig beschleunigen wir den Wohnungsbau in Berlin und lassen dabei auch die Bausenatorin

nicht aus der Verantwortung. Da der Mietendeckel nur für Wohnungen gilt, die vor 2014 gebaut wurden, wird er zudem auch den privaten Wohnungsbau beschleunigen, denn wer höhere Mieten verlangen will, muss nun neuen Wohnraum schaffen – mit mindestens 30% sozial gefördertem Wohnungsbau zu fairen Mieten. Wohnen ist so wichtig wie Schlafen oder Essen – ein Bürgerrecht, das niemand antasten darf.

Mit dem Mietendeckel verschaffen wir der Stadt die dringend benötigte Mietpause, während der Wohnungsbau angekurbelt wird.

SPD setzt Mietpreisen: Rekommunalisierung entgegen

Seit dem 1. Dezember sind gut 3.500 Wohnungen in Spandau eines privaten Investors zurück an die Gewobag und damit in die Hand der Berlinerinnen und Berliner gegangen.

Sie befinden sich zu großen Teilen in der Heerstraße-Nord. Die Maßnahmen fasst die Berliner SPD zusammen unter dem Motto: „Bauen, Kaufen, Deckeln“. Mit diesem klaren Plan arbeitet die SPD im Berliner Senat dafür, dass zügig mehr städtischer Wohnbau für die Mieterstadt Berlin entsteht.

Die Bausenatorin von den Linken soll ihr Zögern und Verweigern auf-

geben und den Weg für Neubauten frei machen. Gleichzeitig will die SPD private Wohnungsbestände, wo es wirtschaftlich sinnvoll ist, aufkaufen und rekommunalisieren. Den Mieterinnen und Mietern soll so die finanzielle Sicherheit zurückgegeben werden, die sie mit der Privatisierung ein Stück weit verloren haben.

Neben mehr Anstrengung für den Wohnungsbau, einem Deckel zur Entspannung der Mietpreise in den kommenden fünf Jahren, bleibt Rückkauf einer der Säulen im Konzept der SPD, um den steigenden Mieten in Berlin zu bremsen.

IMPRESSUM

Spandauer Rathausbrief
Wissenswertes aus Berlin
und dem Bezirk Spandau

Herausgeber:
SPD-Fraktion Spandau
Fraktionsvorsitzender
Christian Haß (V.i.S.d.P.)

Carl-Schurz-Str. 2-6, 13597 Berlin
Raum 1210 - Nebengebäude

Redaktion des Spandauer Rathausbriefes:
Ina Bittroff, Hannah Hübner, Sebahat Atti,
Lukas Schulz, Julian Sterf, Nanook Sendrowski,
Roman Krüger, Niklas Nagel, Daniel Wrobel,
Andreas Hehn

Redaktionelle Bearbeitung:
Steffen Hofmann, Jürgen Jänen, Susanne Pape

Layout & Satz:
Francesco-Marco Tommasino

Jetzt reden Sie mit!

Neue Leitlinien zur Bürgerbeteiligung an der räumlichen Planung veröffentlicht

Den Berliner Bürgerinnen und Bürgern soll neben der gesetzlich vorgeschriebenen Beteiligung nach dem Baugesetzbuch eine erweiterte Form der informellen Beteiligung zur Verfügung gestellt werden.

Mitte dieses Jahres wurden die „Leitlinien zur Bürgerbeteiligung an Projekten und Prozessen der räumlichen Stadtentwicklung“ beschlossen und der Öffentlichkeit vorgestellt. Diese Leitlinien sollen dauerhaft gelten und die Demokratie stärken. Dialog und Kommunikation zwischen allen Beteiligten gelten als Grundlage jedes erfolgreichen Planungsvorhabens. „Besonders in Spandau mit seinen zahlrei-



Gestalten Sie stadtplanerische Prozesse mit und verschaffen Sie Ihren Anliegen Gehör.

Foto: Pixabay

chen Bauvorhaben ist das wichtig.“, meint Ina Bittroff, Vorsitzende des Stadtentwicklungsausschusses und SPD-Bezirksverordnete. „Beteiligung für bedeutende Vorhaben, wie z. B. den Siemenscampus aber auch die nächsten Bauvorhaben in der Wasserstadt, werden wir mit diesen Leitlinien zur Regel machen. Konflikte können nur gemeinsam gelöst werden. Dafür benötigen wir die Meinung der Anwohnerinnen und Anwohner“, so Bittroff weiter.

Die Beteiligung soll langfristig verankert und auch in Ämtern soll ausreichend Personal für die Beteiligungsverfahren zur Verfügung gestellt werden.

Jens Hofmann, stadtentwick-

lungspolitischer Sprecher der Spandauer SPD-Fraktion erklärt: „Wir werden dabei eine gute Qualität und einen systematischen Ablauf der Beteiligung sichern sowie für Transparenz bei Planungen und baulichen Vorhaben sorgen.“

Die SPD-Mitglieder des Ausschusses für Stadtentwicklung sehen in diesen Leitlinien eine hervorragende Möglichkeit für Spandauer Bürgerinnen und Bürger sich mehr als bisher in Planungen einbringen zu können und ihren Bedürfnissen im Dialog mit den Verantwortlichen Gehör zu verschaffen.

Weitere Infos unter
www.leitlinien-beteiligung.berlin.de

Neue Schulen in Spandau, ja wo denn?

Wie die Schulbauoffensive die Schullandschaft in Spandau verändert

Im Prinzip kann man die Schulbauoffensive der rot-rot-grünen Landesregierung in drei Teile aufteilen: Die Wohnungsbaugesellschaft HOWOGE baut die neuen Oberschulen und saniert diejenigen mit einem großen Sanierungsbedarf. Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen baut neue Grundschulen und saniert einige der vorhandenen. Außerdem baut sie die Modulare Ergänzungsbauten (MEB) und die sogenannten Typensporthallen. Der Bezirk macht alles andere.

Fakt ist: Weil die Schüler- und Schülerinnenzahlen in Spandau steil ansteigen, benötigen wir neue Schulen. Was bedeutet das für die Grundschulen in den einzelnen Stadtteilen?

In Spandau Mitte entsteht am Klinkeplatz eine komplett neue Grundschule. Die Ernst-Ludwig-Heim-Grundschule, die Peter-Härtling-Grundschule und die Birkengrundschule werden durch je einen MEB erweitert. Die Erweiterung der Askanier-Grundschule wird geprüft.

In der Goltz-/Mertensstraße in Hakenfelde neben dem neuen Wohnquartier Pepitahöfe entsteht eine neue vierzügige Grundschule. In Haselhorst wird die Grundschule an der Pulvermühle durch einen MEB erweitert werden. Und auf der Insel Gartenfeld entsteht eine neue Gemeinschaftsschule



Der modulare Schulerweiterungsbau an der Peter-Härtling-Grundschule steht kurz vor der Fertigstellung.

Foto: Steffen Hofmann

mit einer vierzügigen Grundstufe. Die Siemensstadt wird auf dem Siemens-Innovationscampus eine vierzügige Europaschule mit dem Sprachschwerpunkt Englisch bekommen und die Schule an der Jungfernheide wird um eine vierzügige Grundstufe erweitert.

Auf dem Gelände des ehemaligen Munitionsbunkers in der Wilhelmstraße soll eine neue Gemeinschaftsschule mit einer vierzügigen Grundstufe entstehen. Es laufen gerade die Verhandlungen für den

Ankauf des Grundstücks vom Bund. Die vorhandenen Grundschulen in der Wilhelmstadt lassen sich aus Platzgründen nicht erweitern.

In Staaken wird geprüft, wie die Zeppelin-Grundschule auf einen modernen Stand gebracht werden kann. Außerdem wird damit gerechnet, dass am Wiesen- und Weidenweg mit dem Baubeginn für eine dreizügige Grundschule im Jahr 2023 begonnen werden kann.

Die B.-Traven-Gemeinschaftsschule im Falkenhagener Feld erhält

eine zweizügige Grundstufe und wird wegen des hohen Sanierungsbestandes nach derzeitigem Stand wohl teilweise abgerissen und neu gebaut werden. Die Schule am Stadtrand wird durch einen MEB erweitert. Die Siegerland-Grundschule hat ihren MEB bereits.

In Kladow sind keine Erweiterungen erforderlich. Allerdings wird die Schule am Windmühlenberg ebenfalls saniert und erhält einen Erweiterungsbau (kein MEB). Insgesamt können mit diesen Neubauten alle

Bedarfe im Grundschulbereich abgedeckt werden. Bei den Oberschulen werden bei der Ermittlung des Bedarfs nicht die einzelnen Stadtteile, sondern nur der Bezirk als Ganzes betrachtet. Um den immensen Bedarf abzudecken müssen mehrere neue Schulen entstehen und die vorhandenen müssen erweitert werden. Im Einzelnen heißt das, dass zwei ganz neue Gemeinschaftsschulen mit Grund-, Mittel- und Oberstufe in der Wilhelmstadt und auf der Insel Gartenfeld entstehen.

Fertige Ergänzungsbauten (sog. MEB) haben bereits die Borchert-Oberschule und das Freiherr-vom-Stein-Gymnasium. Außerdem entsteht ein neues Gymnasium in der Rhenaniastraße. Die Schule am Staakener Kleeblatt wächst von vier auf sechs Züge. Ebenso die Schule an der Jungfernheide und die Schule an der Haveldüne.

Insgesamt fließen mehr als 500 Mio. Euro in die Spandauer Schulen. Neben den Neu- und Erweiterungsbauten zählen dazu auch die Sanierungskosten. Bei zwei Schulen wird geprüft, ob ein Neubau nicht günstiger ist. Es handelt sich hier um die Carlo-Schmid-Oberschule und die Bertolt-Brecht-Oberschule. Im Zuge der Sanierung und Erweiterung werden auch weitere Verbesserungen beim Schulmittagessen angestrebt. Einige der neuen MEB beinhalten zum Beispiel eine neue Mensa.

Spandau inklusiv

Der Bezirk wird immer barrierefreier

Durch das Projekt „Spandau inklusiv“ werden in Spandau immer mehr Barrieren abgebaut. Dies betrifft die Barrierefreiheit in den Gebäuden des Bezirksamtes.

Viele Türen im Rathaus Spandau öffnen sich inzwischen automatisch, Treppenstufen wurden teilweise hell markiert. Ein barrierefreies Leitsystem ist in Vorbereitung. Langfristig soll auch die 4. Etage des Rathauses mit einem Aufzug erreichbar sein.

In der Zitadelle sollen die Hauptwege barrierefrei gemacht werden. Dann können diese auch mit Rollstuhl oder Rollator gut begangen werden. Dieses Projekt befindet sich

gerade in der Planungsphase.

Inzwischen gibt es die erste vollständig barrierefreie Bushaltestelle von in Berlin. Und zwar in Spandau, am Blasewitzer Ring, Haltestelle Obstallee. Sie wurde vom Spandauer Beauftragten für Menschen mit Behinderung und Senioren gemeinsam mit dem Straßen- und Grünflächenamt sowie mit der BVG entwickelt.

Immer wird die komplizierte Amtssprache bemängelt. Ein besonderer Schwerpunkt ist daher in Zukunft die Übersetzung von Broschüren und Erläuterungen in sogenannte „Leichte Sprache“.

Charité goes Spandau!

Charité und Vivantes bilden Pflegekräfte zukünftig in Spandau aus

Bei der Suche nach einer geeigneten Fläche für die Ausbildung von Pflegekräften sind Charité und Vivantes mit Hilfe der Bezirkspolitik in Spandau fündig geworden.

Am Askanerring auf dem Gelände der ehemaligen Schülerbergkaserne, später Alexander Barracks, soll die neue Pflegeakademie entstehen.

Charité und Vivantes werden in der neuen Akademie mit insgesamt über 4000 Ausbildungsplätzen die Ausbildung der Pflegekräfte für ganz Berlin organisieren. Gedacht ist auch an eine Bibliothek sowie Arbeits- und Aufenthaltsbereiche.

Zusätzlich soll ein Angebot an Wohnungen für Auszubildende das Angebot abrunden.

Das Gelände, auf dem sich auch die Bruno-Gehrke-Halle befindet, gehört derzeit noch vollständig der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (kurz: BIMA). Der Berliner Senat verhandelt mit der BIMA über den Ankauf der für die Akademie erforderlichen Teilflächen. Der Bezirk steuert den Sportplatz bei, der durch einen Neubau an anderer Stelle ersetzt werden soll.

Der Bau der Akademie soll u.a. aus Mitteln für die Wirtschaftsförderung erfolgen.



Der Bezirksbürgermeister am zukünftigen Charité-Standort.

Foto: Steffen Hofmann

11 zusätzliche Sporthallen für Spandau

Wie die Schulbauoffensive nebenbei den Sport fördert

Insgesamt erhält Spandau durch Neubau und Erweiterung sensationelle 33 Hallenteile zusätzlich, was elf großen Sporthallen entspricht. Was aber hat die Schulbauoffensive des rot-rot-grünen Senats damit zu tun?

Die SPD-geführte Landesregierung ist mit dem Versprechen angetreten, alle Berliner Schulen zu sanieren, auf einen modernen technischen Stand zu bringen und die für das Bevölkerungswachstum erforderlichen Schulplätze zu schaffen. Das betrifft auch die zu den Schulen gehörenden Sporthallen, die am Nachmittag und Abend sowie am Wochenende für den Vereinssport zur Verfügung stehen.



Die Baustelle an der Lilly-Braun-Oberschule.

Foto: Steffen Hofmann

Mit Blick auf die Sporthallen in den Schulen ist zu entscheiden, ob die Sporthallen saniert werden können bzw. müssen oder ob ein Ersatzneubau die bessere Lösung ist. Häufig sind die alten vor mehreren Jahrzehnten errichteten Sporthallen stark sanierungsbedürftig. Sie entsprechen nicht mehr modernen Standards oder den Wettkampfordernissen des Breitensports.

Sinnvoll sind Ersatzneubauten zum Beispiel beim Lilly-Braun-Gymnasium (Baubeginn November 2019), beim Freiherr-vom-Stein-Gymnasium (doppelstöckige Sporthalle in Planung) oder beim Siemens-Gymnasium (Baubeginn Februar 2020).

Die Robert-Reinick-Grundschule hat ihre neue Sporthalle bereits. Fest geplant werden neue Hallen außerdem z.B. für die Siegerland-, Astrid-Lindgren- und Förderich-Grundschule. Weitere Standorte werden geprüft.

Außerdem kommen natürlich noch weitere Sporthallen an den neuen Schulstandorten hinzu.

„Wo es geht, wollen wir auf den Schulgeländen noch Kleinspielfelder errichten und für den Vereinssport verfügbar machen“, so Spandaus Bürgermeister Helmut Kleebank.

Die Schulbauoffensive hilft also auch in erheblichem Maße den Spandauer Sportvereinen.

KURZ NOTIERT

GEWERBEFLÄCHEN SICHERN

In den kommenden Jahren wird Spandau weiter wachsen; zahlreiche neue Wohnungsbauprojekte sind in Planung oder bereits im Bau. Dies bringt auch für die Gewerbetreibenden auf den betroffenen Flächen, etwa an der Rhenaniastraße oder in den ehemaligen Alexander Barracks, große Veränderungen mit sich. Die Mitglieder der SPD-Fraktion im Wirtschaftsausschuss setzen sich mit Nachdruck dafür ein, dass die Betroffenen bei der Suche nach Alternativstandorten unterstützt werden, um so Arbeitsplätze in Spandau langfristig zu erhalten.

OBACHLOSE SCHÜTZEN

In ganz Berlin leben immer mehr Menschen ohne festen Wohnsitz, die auf die Angebote der Wohnungslosenhilfe angewiesen sind. In Spandau ist schon seit Jahrzehnten die Herberge zur Heimat ein fester Anlaufpunkt für die Betroffenen. Jetzt in der kalten Jahreszeit werden die Übernachtungsplätze aufgestockt, um allen Menschen einen sicheren Schlafplatz bieten zu können. Leider gibt es momentan kein Angebot speziell für wohnungslose Frauen. Wir als SPD-Fraktion unterstützen die Träger aber weiterhin bei der Suche nach geeigneten Räumlichkeiten.

INTEGRATIONSAUSSCHUSS

Auf Einladung des Integrationsausschusses stellte Anna Tubbesing im Oktober das Projekt Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderinnen und Zuwanderer (MBE) der Gesellschaft für Interkulturelles Zusammenleben gGmbH (GIZ) vor. Das neue Angebot wird seit dem 01.02.2019 an vier Standorten in Spandau angeboten. Die MBE berät neu zugewanderte Menschen aus verschiedenen Ländern sowie deren Angehörige individuell, kostenlos und vertraulich. Sie werden bei der sprachlichen, beruflichen und sozialen Integration unterstützt. Die Beratung erfolgt auch mittels Sprachmittlern in zahlreichen Sprachen. Die GIZ hat ihren Hauptstandort am Reformationsplatz 2.

Neues aus dem Siemenscampus

2017 ging Siemens erstmals mit seinen Plänen für einen Innovationscampus an die Öffentlichkeit

Mit 600 Millionen Euro plant Siemens die bis hierhin größte Einzelinvestition in einen ihrer Standorte. Zahlreiche Standorte weltweit vor allem London schienen klarer Favorit der Münchner Zentrale zu sein. Die frühzeitigen und gut vorbereiteten Bemühungen des Regierenden Bürgermeisters gaben den Ausschlag für Spandau.

Entstehen soll mit dem Campus ein moderner Stadtteil, der Wohnen und Arbeiten verbindet. Insbesondere soll die Verzahnung von Startups und wissenschaftlichen Instituten mit den Werken am Standort Spandau neue Anstöße für Innovation im Konzern liefern.

Daneben entstehen 3.000 neue Wohnungen. Geplant ist die Eröffnung für 2030. Ende dieses Jahres endet der städtebauliche Wettbewerb, ab dann werden aus Visionen konkrete Fakten.

Das Land Berlin beteiligt sich mit Investitionen in die örtliche Infrastruktur. Unter anderem in Schule, Straßen und die digitale Infrastruktur. Die 1980 stillgelegte Siemensbahn wird reaktiviert. Damit wird die alte Verbindung von Gartenfeld im Norden der Siemensstadt, über die Werke und Jungfernheide nach Berlin geschaffen.

Dass man den Siemenscampus als Bekenntnis des Konzerns zu seinen Wurzeln am Berliner Standort werten kann, zeigt sich auch darin, dass der geplante massive Stellenabbau im Dynamo- und Schaltwerk so



Siemensstadt 2.0 - Eine Animation wie der zukünftige Innovationscampus aussehen könnte. Foto: Siemens AG

nicht kommen wird. Durch die geplante Ansiedlung von Startups und Forschung besteht die Hoffnung Arbeitsplätze bei bzw. an Siemens in Spandau langfristig zu sichern und neue gute Arbeit im Bezirk hinzu zu gewinnen.

Dabei wird die Spandauer SPD die Planungen rund um die Arbeitsplätze am Standort genau im Blick behalten. „Wir werden uns gemeinsam mit der Gewerkschaft und den Beschäftigten wehren, wenn durch die Hintertür gut bezahlte

Industriearbeitsplätze unsicheren Planstellen weichen sollen“, so der SPD Fraktionsvorsitzende im AGH, Raed Saleh.

Die SPD im Bezirk begrüßen das Zeichen, dass Siemens sich auf seine historischen Wurzeln besinnt und setzt sich auch in Zukunft für eine weitergehende Rückkehr des Traditionsunternehmens ein. Als Partei in Regierungsverantwortung wird sie die Chancen dieses Projekts für Stadtteil, Bezirk und Berlin gestalten. Wenn gute Arbeit

neu entsteht, ein neuer Kiez das Bild der Siemensstadt positiv prägt, Kultur und Freizeitmöglichkeiten den Kiez aufwerten, dann kann der Siemens-Innovationscampus das Leuchtturmprojekt zukünftiger Berliner Industrie- und Wissenschaftspolitik sein.

Weitere Infos unter www.spd-fraktion-spandau.de

Kein Stellenabbau

SPD drängt auf sichere Arbeitsplätze bei Siemens

Es gibt viel Vorfreude rund um den Siemens-Innovationscampus, die so genannte Siemensstadt 2.0. Grund genug gibt es mit Spannung auf die Planungen in Spandau Osten zu blicken, der größten Einzelinvestition durch den Konzern.

Wo wäre das Geld auch besser investiert als an den Ursprüngen des heutigen Weltkonzerns? Die Spandauer SPD begrüßt die Chancen, die sich für Spandaus Wirtschaft ergeben. Forschung und Innovation nebst neuen Wohnungen und einem aufgewerteten Kiez sind Entwicklungen, auf die sich der Bezirk freut.

In alle Freude mischt sich aber erste Skepsis.

Klar ist die Investition muss auch ein Bekenntnis zur Zukunft guter und sicherer Arbeitsplätze bei Siemens in Spandau sein.

Erste Berichte, wonach schon jetzt hunderte Stellen abgebaut werden sollen beunruhigen auch dann, wenn Konzernvertreter beteuern, dass die Zahl der Arbeitsplätze in Summe gleichbleibt.

Die Spandauer SPD wird genau hinschauen, wie sich die Planungen für den Siemenscampus auf die Arbeitsplätze auswirken. Stellenabbau ist das völlig falsche Signal.

Siemensbahn kommt?

DB will die Siemensbahn wieder in Betrieb nehmen

Die Reaktivierung der ehemaligen Siemensbahn ist für eine ökologische Verkehrswende in Spandau enorm wichtig.

Dabei geht es nicht nur um die Arbeitenden im neu zu schaffenden Siemenscampus und die Wohnungen die dort entstehen, sondern auch um die neuen Wohnquartiere auf der Insel Gartenfeld und der Watterkant an der Daumstraße.

Die Deutsche Bahn hat in Planungen mit der Senatsverwaltung eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben. Es ist damit zu rechnen, dass eine Realisierung der Inbetriebnahme in 6 bis 8 Jahren zu er-

reichen ist. Bei der Planung ist zu berücksichtigen, dass die Bahntrasse über Hakenfelde bis Hennigsdorf vorangetrieben wird. So kann man auch den neuralgischen Knotenpunkt Rathaus Spandau entlasten. Die Anwohnenden aus Hakenfelde müssten nicht mehr über Rathaus Spandau nach Berlin reisen.

Dies ist eine Möglichkeit, Schienenverkehr für den Norden Spandau zu realisieren und für die Entlastung des Straßenverkehrs zu sorgen. Dafür müssen alle Kräfte gebündelt werden. Ein Mix aus Bus und Schienenverkehr bringt einen effektiven ÖPNV.

Milieuschutz – Chance für Spandauer Mieterinnen und Mieter

Beschluss über „Erhaltungsverordnung“ weckt Hoffnung auf die Bewahrung unserer Kieze

Das hört sich erst einmal sehr technisch an: „Erhaltungsverordnung“. Zu finden ist dieser Begriff in §172 Absatz 1 Satz 1 des Baugesetzbuches. Gemeint ist damit der Milieuschutz.

Er gibt dem Bezirk die Möglichkeit einzugreifen, wenn z.B. Vermieter luxussanieren wollen, Mietwohnungen in Eigentumswohnungen umgewandelt werden oder auch wenn aus mehreren kleinen Wohnungen eine große Wohnung entstehen soll.

Das ist aber noch nicht alles. Auch ein Vorkaufsrecht des Bezirks, wie vor Kurzem in Kreuzberg und Friedrichshain ausgeübt, wird damit möglich.



Lutherkiez - hier würde der Kiez durch den Milieuschutz erheblich profitieren. Foto: Jürgen Jänen

Bevor beschlossen wurde, dass eine „Erhaltungsverordnung“ aufgestellt werden soll, gab es ein zähes Ringen mit dem CDU-Stadtrat unter der Führung der SPD-Fraktion. Es ging darum nach den Luxussanierungen in der Straßburger Straße ein Grobscreening für den Bezirk Spandau in Auftrag zu geben.

Darunter versteht man eine grobe Betrachtung von Gebieten, die zeigen soll, inwiefern sie durch Sanierung und Umwandlung verändert werden können. Das Ergebnis des Screenings zeigt für die Bereiche Wilhelmstadt und Neustadt an, dass dort derzeit Entwicklungen stattfinden, die die bisherigen Mieterinnen und Mieter verdrängen könnten.

Deshalb setzt sich die Spandauer SPD-Fraktion dafür ein, dass im ganzen Bezirk endlich Milieuschutzgebiete eingerichtet werden. Spandau ist berlinweit der einzige Bezirk, in dem es noch keine gibt.

Sie haben zum Ziel, dass der Charme der Spandauer Kieze erhalten bleibt und Anwohnerinnen und Anwohner, die sich für einen bestimmten Kiez entschieden haben, auch die Möglichkeit haben, dort zu bleiben, wo es ihnen gefällt, wo sie sich zuhause fühlen. Das Grobscreening war der erste Schritt auf dem Weg dorthin.

Die SPD-Fraktion Spandau wird nicht müde auch die weiteren Schritte dazu durchzusetzen.

„Demokratie leben“

Partnerschaft für Demokratie: Ein Leuchtturm des Miteinanders!

Spandau hat seit 2017 eine „Partnerschaft für Demokratie“. Der Bezirk setzt damit ein Zeichen gegen Diskriminierung, Gewalt aber vor allem gegen den Trugschluss, dass die Demokratie ohne eigenes Zutun so stabil bleibt und immer fortbestehen wird.

Das Bundesprogramm „Demokratie leben“ ermöglicht auf kommunaler Ebene die Einrichtung dieser Partnerschaft. Von den demokratischen Parteien gewollt und gefördert, setzt Spandau zwei Schwerpunktthemen:

- Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (wie Rassismus, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit)
- Kinder- und Jugendbeteiligung

Begleitet wird das Projekt von einem Ausschuss bestehend aus den in Spandau tätigen Trägerinnen und Trägern der Jugendhilfe und Sozialarbeit, Vertreterinnen und Vertretern des Bezirksamts, der Schulen und der Polizei. Er diskutiert und beschließt über Projektanträge, die aus der „Partnerschaft für Demokratie“ hervorgehen. Sie verfolgen das Ziel, dass Demokratie nicht als selbstverständlich wahrgenommen wird, sondern dass insbesondere Kinder und Jugendliche demokratisch aufwachsen, extreme politische Beeinflussung erkennen und sich gegen diese zur Wehr setzen können. Eine starke Demokratie ist der Garant für ein friedliches und respektvolles gesamtgesellschaftliches Zusammenleben. Eine Erkenntnis, die es immer neu mit Leben zu füllen gilt. Die politisch Extremen und Feinde der Demokratie dürfen mit einfachen Botschaften, die die Welt falsch darstellt auf keinen Nährboden bei Jugendlichen in Spandau und darüber hinaus treffen.



SPD-Bezirksstadtrat Stephan Machulik im Gespräch mit Jugendlichen zum Thema „Demokratie fördern“.

Foto: SPD-Fraktion Spandau

Die unterschiedlichen Projekte sollen die Jugendlichen zu interessierten, selbständig denkenden, andere Meinungen abwägenden und selbstkritischen Menschen machen.

Für die Demokratie offene mündige Staatsbürger bzw. Staatsbürgerinnen ist das Ziel.

Auf dem Weg dorthin, geht es voran. Laut der aktuellen Shell Jugendstudie stehen rund 77% der Jugendlichen in Deutschland der Demokratie positiv gegenüber. Im Osten der Republik, teilt aktuell gut 67% der jungen Generation ein positives Bild zur Demokratie. Das ist ein beachtlicher Sprung im Vergleich zu 50% Zustimmung vor vier Jahren. Das macht Mut, dass die

noch Verbleibenden für eine Öffnung zur Demokratie gewonnen werden können.

Ist der, der anders ist als ich, automatisch mein Feind?

Dabei geht es um falsche oder fehlende Vorbilder, in der Politik, Familie oder im Freundeskreis. Warum wertet man sein Gegenüber sprachlich ab ohne ihn möglicherweise zu kennen oder warum „überhört“ man verbale Aggressivität? Sprache

drückt Haltung aus. Woher stammt diese Haltung und wie macht man darauf aufmerksam, was sie bewirkt? Mit Sätzen wie: „Wie schwul ist das denn?“ oder „Scheiß-Kanake“ wertet man Gruppen von Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder ihrer Herkunft ab, ohne sich mit einem Betroffenen wirklich auseinander gesetzt zu haben.

Mit Jugendforen, Jugendjurs, BarCamps und vielen weiteren Formaten, kommen die Verantwortlichen außerhalb des Schulalltags in Kontakt mit Kindern und Jugendlichen. Sie setzen sich mit ihren Problemen, Ängsten und Vorbehalten auseinander und entwickeln gemeinsam mit ihnen Strategien, wie sie respektvoll kommunizieren, argumentieren und sich in Politik und Gesellschaft einbringen können.

Spandau kann sich glücklich schätzen eine starke Zivilgesellschaft zu haben, so viele engagierte Trägerinnen und Träger und einzelne Akteurinnen und Akteure, die im Rahmen der „Partnerschaft für Demokratie“ eingebunden sind. Der Bezirk stockt seine Eigenmittel im Haushalt der Jahre 20/21 auf, um ein eigenes Zeichen zu setzen, Demokratie zu stärken und Diskriminierung einzudämmen. Churchills Zitat: „Die Demokratie ist die schlechteste Staatsform, ausgenommen aller anderen.“ ist die Grundlage Willy Brandts „Mehr Demokratie wagen“ umzusetzen.

Ja-Sagen in Spandau

Ganz einfach und am Wochenende möglich

Die personellen Schwierigkeiten im Standesamt sind überwunden. Das zeigt sich gerade an den Bearbeitungszeiten. Geburtsurkunden können fast tagesgenau und Sterbeurkunden innerhalb einer Woche ausgestellt werden. Endlich sind neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – dank der Initiativen der Senatsverwaltung für Inneres eingestellt worden.

Jetzt wird es Zeit ein altes Versprechen von Stadtrat Machulik einzulösen: Samstagseheschließungen. Am 19.10.2019 konnten die ersten vier Brautpaare den Bund fürs Leben schließen. Wie von Machulik

angekündigt, hat er die Rede gehalten und als Erster gratuliert. Dies blieb nicht einmalig, am 09.11.2019 folgten die nächsten Eheschließungen.

Für 2020 wird an insgesamt fünf Samstagen mit jeweils sechs Eheschließungen von Mai bis September geplant.

In 2020 wird darüber hinaus daran gearbeitet, dass neben dem Standesamt im Rathaus, dem Fürstenzimmer auf der Zitadelle noch weitere attraktive Standorte als Hochzeit Locations angeboten werden.

In Spandau soll die Antwort auf alle Fragen ganz klar „Ja“ sein.

Zukunftsfähige Ordnungsämter

Personelle Aufstockung um Anliegen der Spandauer zu bearbeiten

Spandaus Ordnungsamt wird personell aufgestockt, um die Aufgaben im Sinne der Spandauerinnen und Spandauer besser erledigen zu können. 20 neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden eingestellt. Damit sollen die bestehenden Aufgaben wie Falschparken, Vermüllung oder Ruhestörungen intensiver bearbeitet werden.

Ab 2020 werden Streifen des Ordnungsamtes auch zu nächtlichen Stunden und vermehrt am Wochenende eingesetzt werden. Stephan Machulik, der zuständige SPD Bezirksstadtrat, führt dazu aus: „Wir

setzen in Spandau auf bessere Ausstattung, mehr Personal, eine höhere Kontrollichte aber auch auf die Verbesserung der Verwaltungsabläufe“. In diesem Zusammenhang werden die Verwaltungsabläufe zwischen Ordnungsamt, Polizei, BSR oder der BVG verbessert und intensiviert. Für den kommenden Doppelhaushalt stehen mehr finanzielle Sachmittel zur Verfügung, um z.B. die individuelle Schutzausrüstung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu verbessern, die Kommunikationsmittel zu modernisieren und um in die Präventionsarbeit zu investieren.



Bezirksstadtrat Machulik im Gespräch mit seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Foto: Jürgen Jänen

Kitaplätze werden benötigt!

Um Lernplätze für die Kleinsten der Gesellschaft zu schaffen, müssen neue Wege gegangen werden

Der Bezirk wächst und wächst. Immer mehr Wohnquartiere mit bezahlbaren Mieten entstehen und locken junge Familien nach Spandau. Die Spandauerinnen und Spandauer werden mehr und im Durchschnitt jünger. Eine große Herausforderung ist dabei adäquate Angebote für die Kleinsten zu schaffen.

In der heutigen Zeit darf der Kinderwunsch kein Ausschlusskriterium für den beruflichen Erfolg sein, deshalb setzt der SPD Stadtrat Stephan Machulik auf den konsequenten Ausbau der Tagesbetreuung im Bezirk Spandau.

„Wir haben in den vergangenen Jahren viele bezirkliche Flächen



In Spandau werden dringend Kitaplätze benötigt. Foto: Pixabay

für den Kita-Neubau gesichert. Mit landeseigenen und privaten Wohnungsgesellschaften wurden Vereinbarungen getroffen, sowie zusätzliche Kita-Plätze geschaffen und bestehende Kita-Plätze gesichert und ausgebaut“, so der zuständige Stadtrat Stephan Machulik.

Das Verfahren zur Flächensicherung und zum Bau hat der Bezirk beschleunigt und es werden in Zukunft weitere Kita-Plätze in den Stadtteilen Wilhelmstadt, Falkenhagener Feld und in Hakenfelde entstehen. Dabei wird sich nicht mehr nur auf alte Vorgaben beschränkt. Es werden neue Wege genutzt, um die Flächen effizient z.B. durch Holzmodulbauten oder durch krea-

tive Gestaltung der Außenanlagen, zu nutzen.

Eine wesentliche Herausforderung bleibt neben dem Platzausbau das „Berliner Bildungsprogramm Kita“. „Wenn wir an unserem pädagogischen Konzept und einem stetig besseren Betreuungsschlüssel festhalten, müssen wir den Beruf des/der Erziehers/Erzieherin attraktiver gestalten“ führt Machulik aus.

Noch in dieser Legislaturperiode sollen die Kita-Leitungen von Verwaltungsaufgaben entlastet werden. Die Erzieherinnen und Erzieher sollen mit Fachkräften der Sozialarbeit Unterstützung finden und finanziell bessergestellt werden.

KURZ NOTIERT

PAPIERLOSE BVV

Langsam aber sicher hält die Digitalisierung auch in der BVV Einzug: Als erster Ausschuss stellt der Stadtentwicklungsausschuss neuerdings den Mitgliedern die nötigen Unterlagen nur noch digital zur Verfügung. Alle Bezirksverordneten haben inzwischen die Wahl, ob sie die Anträge, Anfragen und sonstigen Unterlagen zur BVV-Sitzung weiter auf Papier oder digital erhalten möchten. Mit dem bevorstehenden Umbau des BVV-Saals sollen an den Plätzen Steckdosen angebracht werden, so dass die Arbeit mit Computern und Tablets problemlos möglich sein wird.

FRAKTION IM NETZ

Nicht nur vor Ort in den Kneipen und auf den Straßen, sondern auch online und in den sozialen Netzwerken können Sie sich über die Arbeit der BVV-Fraktion informieren und Ihre Wünsche und Sorgen loswerden. Aktuelle Informationen zu unseren Anträgen/Anfragen in der BVV und zu Veranstaltungen finden Sie auf unserer Website unter spd-fraktion-spandau.de, auf Facebook unter [facebook.com/spd.fraktion.spandau](https://www.facebook.com/spd.fraktion.spandau) sowie auf Instagram [@spdfractions-spandau](https://www.instagram.com/spdfractions-spandau). Für Anregungen und Fragen sind wir dankbar. Wir freuen uns auf interessante Diskussionen mit Ihnen!

TIEFWERDER WIESEN

Seit ungefähr anderthalb Jahren ist der Steg durch die Tiefwerder Wiesen gesperrt. Ein sehr misslicher Umstand, zumal die Planungen des Bezirksamtes Spandau zuerst eine jahrelange Sperrung mit einem Neubau des Steges vorsah.

Nun gibt es aktualisierte Pläne: Durch Schwimmstege sollen Spaziergänge durch das Naturidyll vielleicht sogar noch Anfang 2020 wieder möglich werden. So hieß es neulich in einer Pressemitteilung des Stadtrates für Bauen, Frank Bewig, CDU.

Die SPD-Fraktion in der BVV in Spandau hofft nun der neue Termin wird eingehalten und der Rundweg ist bald wieder für alle Spandauerinnen und Spandauer nutzbar!

Die Zukunft gehört der Schiene

ÖPNV für die Menschen in Spandau mit Schienenverkehr sichern

Die Zeiten, in denen Busse den Transport der Menschen in Städten bewältigen konnten, sind vorbei. Eine wachsende Stadt wie Berlin und damit auch Spandau braucht alternative ÖPNV-Lösungen.

Spandau hat den größten Busknotenpunkt Berlins. Hunderte von Bussen halten dort. Die Bus Takte auf vielen Linien sind so verdichtet, dass man sie nicht mehr verdichten kann, selbst wenn man die Busse und das Personal dazu hätte. Deshalb ist die Lösung für einen reibungslosen ÖPNV nur mit schienegebundenen ÖPNV möglich.

Die beiden U-Bahnlinien U2 und U7 müssen in die Heerstr/Nord und das Falkenhagener Feld verlängert werden. Auch wenn eine U-Bahn erhebliche Baukosten verursacht, muss Schienenverkehr auch unter die Erde verlegt werden. Die BRD hat gerade für U-Bahnbau ein Programm von 12 MRD € aufgelegt. Das muss man auch in der Hauptstadt nutzen.

Die S-Bahn muss über Spandau in das Brandenburger Umland bis nach Nauen ausgebaut werden. So könnte man den brandenburgischen Durchgangsverkehr zum Teil aus der Havelstadt heraushalten. Neben dem Schaffen dieses Angebotes muss man aber auch bei den Brandenburgerinnen und Brandenburgern dafür werben, dass sie öffentlichen Personennahverkehr nutzen.



In der Spandau werden dringend schienegebundene Verkehrsmittel benötigt. Neben S- und U-Bahnerweiterungen muss die Straßenbahn in Spandau eingeführt werden. Foto: Pixabay

Die Siemensbahn muss reaktiviert und über Gartenfeld hinaus über Hakenfelde bis nach Hennigsdorf ausgebaut werden. Die Trassen sind dafür vorhanden. Das schafft für viele Spandauerinnen und Spandauer aus dem Norden der Havelmetropole den Anreiz ihr Auto stehen zu lassen und den ÖPNV zu nutzen.

Aber dies reicht nicht aus. Die Straßenbahn, die in den sechziger Jahren eingestellt wurde, und von der bis vor ein paar Jahren noch

Schienen im Spandauer Straßensystem existierten, muss erneut in Spandau einzug halten.

Dabei ist eine Nord-Süd Linie von Hakenfelde nach Kladow und eine West-Ost Linie vom Falkenhagener Feld nach Siemensstadt zu realisieren. Eine Tram ersetzt zwei Busse. Damit könnte man den erheblichen Mehrbedarf an ÖPNV in der wachsenden Stadt bewältigen.

Dabei darf man nicht darauf warten, dass die Tram von Berlin aus nach Spandau vorangetrieben wird.

Wenn es nötig sein sollte, muss erst mal eine Insellösung mit einem eigenen Betriebshof forciert werden.

Vorurteile eine Straßenbahn würde nicht mit dem Autoverkehr korrespondieren, muss man mit Argumenten begegnen. Gerade im Osten der Hauptstadt fahren Tram und Autos auf dem gleichen Verkehrsweg.

In anderen großen deutschen und europäischen Städten funktioniert das Miteinander von Auto und Straßenbahn hervorragend.

Knotenpunkt Rathaus

Rushhour verkehrstechnisch entwirren

In jeder Rushhour sind die Straßen um das Rathaus Spandau verstopft. Weder Bus noch Auto kommen durch, Verzögerungen muss man mit einplanen, sonst kommt man zu spät zu seinen Terminen.

Der gesamte Verkehr im Bezirk Spandau ist auf das Rathaus Spandau ausgerichtet. Wer nach Berlin will, muss über das Rathaus fahren, wer in Spandau mit dem ÖPNV queren will, muss auch über diesen Knotenpunkt seinen Weg antreten. Deshalb will die SPD im Bezirk prüfen, wo man Buslinien in Querverbindungen schaffen kann.

Um diese Buskapazitäten zu schaffen, muss in Spandau die Tram eingeführt werden, die S-Bahn muss bis nach Nauen geführt werden, um den Verkehr aus Brandenburg aus der Havelstadt Spandau zu halten und es muss die Siemensbahn reaktiviert werden. Zudem müssen die U2 und die U7 verlängert werden. Dabei darf man aber das Auto nicht verbannen, denn in einem Randbezirk wie Spandau es ist, muss man dieses sinnvoll mitplanen.

Dies muss alles im Verbund geplant und umgesetzt werden, ansonsten wird das Verkehrschaos zu einem Verkehrskollaps führen.

Radwege ertüchtigen

Holperstrecken sanieren und neue Wege bauen

Spandau Radlerinnen und Radler wissen: Das bestehende Radwegenetz im Bezirk ist sanierungsbedürftig. Gleichzeitig gibt es Platz und Bedarf neue Radwege zu bauen.

Die SPD will ein zusammenhängendes Radwegenetz für Spandau entwickeln. Deshalb bittet sie die Spandauerinnen und Spandauer um Vorschläge, wo Radwege neu gebaut werden können. Seit 2018 gilt das Mobilitätsgesetz. Darin verpflichtet sich Berlin mit seinen Bezirken, Radwege auszubauen und zu ertüchtigen. Rund 200 Millionen stehen zur Verfügung. Auch

Spandau soll davon profitieren.

Beispiele wie der Radweg Juliusturm/Nonnendamm/Siemensdamm oder an der Heerstraße in Richtung Gatow/Kladow zeigen, das ist auch nötig. Fehlender Platz und die Wurzeln der Bäume, die den Asphalt heben oder brechen machen den Radfahrerinnen und Radfahrern das Leben schwer. Wie kann es sein, dass Radfahren in Spandau die Armmuskulatur mehr beansprucht als die Beinmuskulatur? Da die zuständige Senatsverwaltung nichts zu Wege bringt, arbeitet die Spandauer SPD an einem Gesamtkonzept für den ganzen Bezirk.

ÖPNV und Spandauer Süden

Denken Sie auch, diese zwei Begriffe – öffentlicher Personennahverkehr und Spandauer Süden - passen nicht zusammen?

Man hat den Eindruck, dass sich die zuständige Senatsverwaltung noch immer kein Bild von der Lage im Spandauer Süden gemacht hat.

Täglich wälzt sich eine endlose Blechlawine aus Gatow und Kladow in Richtung Heerstraße und trifft dann auf einen Stau, der in Berlin seinesgleichen sucht.

Der öffentliche Personennahverkehr, der hier lediglich auf Busse setzt, steckt genauso fest wie Autofahrer. Auch Busse, die nur eine kurze Strecke über die Heerstraße fahren, wie z. B. der 136er und 236er stehen im Stau. Und die Zahl der Pendlerinnen und Pendler aus Brandenburg steigt immer weiter. Allein



Morgentlicher Stau auf der Heerstraße/Gatower Straße. Hier entsteht dringender Handlungsbedarf.

Foto: Jürgen Jänen

in Krampnitz werden zehntausend neue Wohnungen gebaut. Wer auf schnelle Lösungen hofft, wird enttäuscht. Derzeit wird das Problem laut Verkehrssenatorin Regine Günther zwar mit Priorität A eingestuft, aber eine Einstufung bringt noch keine Lösung.

Die Spandauer SPD hat sich dieser Thematik schon vor langer Zeit angenommen und einen „Arbeitskreis Mobilität“ ins Leben gerufen, der fachkundige und innovative Lösungsvorschläge erarbeitet. Damit Gatow/Kladow vom Verkehr entlastet und selbst besser angebunden wird, fordert er unter anderem die S-Bahn-Verlängerung ins Haveland. Das wäre für alle ein Gewinn.

Berufspendler aus dem Umland könnten in die Stadt gelangen ohne die Heerstraße zu verstopfen und alle Spandauerinnen und Spandauer könnten sich freier bewegen und besser atmen. Außerdem setzt sich die Spandauer SPD-Fraktion für die Verlängerung der U7 ein.

Mit der Anbindung des Spandauer Südens über Wilhelmstraße und Potsdamer Chaussee würde der Anschluss von Kladow erfolgen.

Als Haltepunkte sind bspw. der Landschaftsfriedhof Gatow und die Landstadt Gatow vorgesehen. Südlich von Karolinenhöhe soll die U-Bahn oberirdisch auf dem ehemaligen Grenzstreifen geführt werden.

BVG – weil wir Spandau lieben!

Das ist doch die Verkehrsgesellschaft? Nein, es geht um einen Ausschuss der BVV!

Der Name mag kurz in die Irre führen. Die Abkürzung BVG steht in diesem Fall aber für den Ausschuss für Bauen, Verkehr und Grünflächen - kurz BVG-Ausschuss. Da hier Themen behandelt werden, die vielen Spandauerinnen und Spandauern wichtig sind, spricht man auch gerne vom meistbeschäftigten Ausschuss der Bezirksverordnetenversammlung.

Denn der Großteil aller in der BVV gestellten Anträge landet hier zur weiteren Bearbeitung. Sie werden fachlich diskutiert und aufbereitet, sodass die BVV später darüber abstimmen kann. Meistens betreffen sie Wünsche und Anregungen, die von Spandauer Bürgerinnen und Bürgern an die Parteien hergetragen worden sind. Es geht um Themen wie den Parkplatzmangel, den Zustand von Spielplätzen, den Wunsch nach mehr Mülleimern in Grünanlagen, aber auch um Fragen zum ÖPNV. Zu allen diesen Punkten wird teils strittig diskutiert, aber auch einiges im breiten Konsens beschlossen.

Neben vielen anderen Anliegen hat sich die SPD-Fraktion Spandau in diesem Ausschuss beispielsweise dafür stark gemacht, dass die BSR die Müllbeseitigung im Münsinger Park, am Lindenufer und im Koltzpark übernimmt. So konnte für alle Bürgerinnen und Bürger eine höhere Aufenthaltsqualität geschaffen werden. Das Projekt ist so



Für die Pflege und Instandhaltung der Spandauer Straßen und Grünflächen gibt der Bezirk 2020 rund 1/4 Million Euro mehr aus. Foto: Maik Häring

erfolgreich, dass die SPD sich nun dafür einsetzt das Reinigungsprogramm auf alle Grünflächen im Bezirk auszuweiten.

Weiterhin kämpft die Spandauer SPD-Fraktion seit geraumer Zeit im BVG-Ausschuss für eine Entlastung der Anwohnenden der Straße Alt-Pichelsdorf. Die Kopfsteinpflasterstraße wird oft als Ausweichstrecke für den Rückstau auf der Heerstraße genutzt. Da sie durch ein reines Wohngebiet führt und die vorgeschriebenen 30 km/h selten

eingehalten werden, kommt es zu erheblicher Lärmbelastigung und auch Gefährdung der hier lebenden Menschen.

Eine Verkehrszählung des Amtes wird hier angezweifelt, da die Zählung nicht während des Berufsverkehrs stattfand, sondern in den frühen Nachmittagsstunden. Diese hatte ergeben, dass Lärmbelastigung und Gefährdung der Anwohnenden angeblich nur gering seien. Die tatsächliche Situation im Berufsverkehr stellt sich jedoch ganz anders

dar und wird weiterhin die Diskussion beherrschen.

Wie hier in Wohngebieten aber gerade auch in verkehrsberuhigten Zonen vor Schulen, Seniorenwohnhäusern, Kitas oder Krankenhäusern ist die Verkehrssicherheit das oberste Anliegen der Spandauer SPD-Fraktion. Dazu reicht es oft nicht, verkehrsberuhigte Zonen nur einzurichten. Sie müssen auch kenntlich gemacht und das Einhalten der Verkehrsregeln durchgesetzt werden. Dies kann durch das

Aufstellen von Schildern oder bauliche Veränderung des Straßenlandes geschehen. Auch hierfür streitet die SPD-Fraktion Spandau im BVG-Ausschuss, wie zuletzt vor der Grundschule am Eichenwald oder der Birken-Grundschule.

Beim Individualverkehr setzt die Spandauer SPD vor allem auf die Kombination von Fahrrad und der Nutzung von Bus und Bahn. In Bahnhofsnähe fehlen aber massiv Flächen um Fahrräder sicher und ordnungsgemäß abstellen zu können. Deshalb werden dringend innovative Lösungen wie bspw. ein Fahrradparkhaus am Spandauer Bahnhof gebraucht. Um die Situation dauerhaft zu entspannen müssen hierfür die Voraussetzungen geschaffen werden.

Eine weitere Initiative der SPD-Fraktion Spandau, die im BVG-Ausschuss besprochen wurde, betrifft die Bolzplätze des Bezirks. Sie fordert hier zusätzliche Trinkbrunnen, damit sich Spandaus Jugend bei ihrer sportlichen Betätigung auch mit frischem Wasser versorgen kann.

Bei den Diskussionen zu allen diesen Themen kann jede Bürgerin und jeder Bürger zuschauen. Denn der Ausschuss tagt öffentlich im Rathaus in Zimmer 202 und das meistens jeden dritten Dienstag im Monat. Die genauen Termine und Themen der jeweiligen Sitzung finden Sie im Sitzungskalender auf der Internetseite der BVV Spandau.

60 Jahre Freundschaft

Festakt zwischen Spandau & Asnières-sur-Seine/Luton

Im festlichen Rahmen wurde auf der Zitadelle Spandau das 60-jährige Bestehen der Partnerschaft mit Asnières-sur-Seine (Frankreich) und Luton (England) feierlich begangen.

Dem Anlass entsprechend fand ein Festakt auf der Zitadelle statt. Nach dem Grußwort von Bezirksbürgermeister Kleebank trug sich der stellvertretende Bürgermeister von Asnières-sur-Seine in das goldene Buch von Spandau ein. Im Rahmen dieses Jubiläums wurde ein Bildhauersymposium mit Künstlern aus den Partnerstädten durchgeführt. Mit dem Symposiumsthema

„SPRUNG“ eröffnete die Künstlerin Danit das 1. Bildhauersymposium auf der Zitadelle.

Musikalisch ging es unter dem Titel „Havel sur Seine“ im Gotischen Saal weiter.

Der Konzertabend startete mit dem Streichquartett der Musikschule Spandau. Freunde französischer Musik kamen mit dem Konzertpianist David Zouzout auf ihre Kosten.

Das Jazz-Duo „Cedraz/Stawinski“ begeisterte die Gäste mit Jazz und lateinamerikanischer Musik. Ein rundum gelungener Abend im Sinne der Völkerverständigung.

Rettung für Schulreinigung in Sicht?

Dreckige Schulen können krank machen und die Lernatmosphäre hindern

Es geht um verschmutzte Tische, überquellende Mülleimer sowie verdreckte Böden und Toiletten. Auch schlechte Arbeitsbedingungen, d.h. Zeitdruck und fehlende Tariflohnzahlungen, darf man nicht aus dem Blick lassen.

Gute Reinigung der Schulen braucht gute Arbeitsbedingungen, damit die saubere Umgebung positiv auf die Schülerinnen und Schüler wirkt.

Dazu muss die Vergabe der Putzleistungen beides berücksichtigen: Die Räume müssen sauber sein und die Putzkräfte müssen ordentlich bezahlt werden und genügend Zeit

haben, um sorgfältig arbeiten zu können. 2019 sind neue Verträge mit Dienstleistern geschlossen worden; ihre Reinigungsleistung ist oft mangelhaft.

Um diesen Zustand zu verbessern, hat das Schulamt Spandau ein System entwickelt, mit dem es die Leistung überwacht, ggf. Abmahnungen ausspricht. Hierzu meldet jede Schule konkrete Mängel ans Schulamt, diese werden kontrolliert. Das Amt teilte mit, dass 11 von 45 Schulen Mängel vorgebracht haben. Das Ziel saubere Schulen benötigt eine gute Zusammenarbeit von Schule, Amt und Reinigung.



Schulreinigung intensivieren!

Foto: Pixabay

Siemens hat sich wieder für Spandau entschieden!

Das Investitionsvorhaben des Konzerns verändert Kiez, Bezirk und Berlin

Die Ankündigung Siemens die größte Einzelinvestition des Konzerns nach Spandau fließen zu lassen, weckt große Erwartungen. Der Arbeiterkiez in Spandau wird damit zum spannendsten Stadtentwicklungsgebiet Berlins der kommenden zehn Jahre.

Viele unterschiedliche Planungen gehen hier Hand in Hand. Neben der Weiterentwicklung der Arbeit am Standort entstehen Wohnungen und Grünflächen.

Viele Menschen vor Ort, aber auch im angrenzenden Charlottenburger Norden, haben Fragen zu dem, was dort entsteht. Deswegen arbeitet die SPD BVV-Fraktion in dieser Frage bereits jetzt eng mit ihren Kollegin-



Volles Haus bei der ersten von der SPD angeregten Anwohnendenversammlung zum Siemenscampus 2.0.

Foto: Daniel Worbel

nen und Kollegen aus Charlottenburg-Wilmersdorf zusammen.

Das ist notwendig! Die Spandauer SPD wird die Planungen genau verfolgen, damit die Veränderungen tatsächlich positiv im Kiez ankommen. Immer wieder nutzt sie die Gelegenheit konkretere Planungen mit der Bevölkerung zu teilen.

Wie groß das Interesse ist, wurde bereits Anfang 2019 sichtbar. Gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern Siemens' und der Landes- und Bezirkspolitik lud die SPD zu einem ersten Austausch. Vor mehr als 300 Gästen konkretisierte die Partei dabei ihre Forderung nach flächendeckendem Milieuschutz für ganz Spandau. Der SPD-Wahlkrei-

sabgeordnete für Haselhorst-Siemensstadt, Daniel Buchholz, lädt regelmäßig zur Planungswerkstatt Siemensstadt, um die Nachbarinnen und Nachbarn auf den aktuellen Stand zu bringen.

Der Bezirk bietet Ihnen die Möglichkeit sich zu informieren und zu beteiligen. Der Stadtentwicklungsausschuss der Spandauer BVV tagt in der Regel öffentlich, ist also für interessierte Gäste offen. Der Siemens-Innovationscampus ist dort regelmäßig Thema.

Auf der Website des Bezirks finden Sie die Termine und die Tagesordnungspunkte.



SPD

FRAKTIONSPANDAU

**Wir wünschen allen
Spandauerinnen
und Spandauern
frohe und besinnliche
Feiertage und ein
gesundes neues Jahr.**

Auch im neuen Jahr sind wir weiter für Sie im Einsatz. So erreichen Sie uns:

 info@spd-fraktion-spandau.de

 www.spd-fraktion-spandau.de

 030 / 90279 2407

 Carl-Schurz-Straße 2-6 | 13597 Berlin